



Oberbürgermeister
Beigeordnete
Stadtrat
Beirat für Menschen mit Behinderungen
Seniorenbeirat
Ausländerbeirat
Bürgermeisteramt

Landeshauptstadt Dresden
Beauftragte
INAUSLB, GLB, KINDJB, BMB/S

GZ: BMB/S
Bearbeiterin: M. Scharf
Telefon: (0351) 4 88 28 32
Sitz: Dr.-Külz-Ring 19
E-Mail: behindertenbeauf-
tragte@dresden.de
Datum: 29.10.2021

Statement der Beauftragten der Landeshauptstadt Dresden

„Was lernen wir in Dresden aus unserem Umgang mit der Corona-Pandemie?“
– Corona Lessons Learned

#Rahmenbedingungen sind wichtig

Zwischen erster und zweiter Welle lernten wir alle dazu. Nach einem anfänglichen kurzen Krisenschock, wurden Bedarfe schnell und flexibel beantwortet und Lösungen schnell gefunden. Insbesondere vorhandene Netzwerke und Strukturen in Verbindung mit ehrenamtlich engagierten Einwohner:innen in Stadtbezirken halfen und helfen bei der Bewältigung der Pandemie.

#Beteiligung sicherstellen

- die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Selbst- und Interessenvertretungen (bspw. Beiräte und Selbstorganisationen/Vereine) darf auch in Krisenzeiten nicht abbrechen
 - hybride und digitale, barrierefreie Formate für die Zukunft beibehalten und weiterentwickeln (telefonische Einwahl ins Videokonferenzsystem ermöglichen)
 - wichtige Gremien (bspw. FASAs oder Beiräte) ohne Unterbrechung digital durchführen (Prioritätenliste Gremienarbeit)
 - engere Zusammenarbeit und verbindliches Einbeziehen der Beirat:innen und Beauftragten in Krisenstäbe o.ä. (bspw. durch punktuelle Einladung in Ausschuss Gesundheit oder Soziales)
 - Beauftragte einbeziehen für Netzwerk- und Kommunikationsaufgaben während der Krise
 - darüber hinaus/ langfristig: Vernetzung und Stärkung von Selbstvertretungsgremien in Dresden (bspw. Heimbeiräte, Werkstattträger, Migrant*innenorganisationen) und Trägern von Angeboten
 - die Kommune wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass Texte von Corona-Schutz-Verordnungen und weitere wichtige Informationen (bspw. zum Schutz vor Corona) zeitnah in einfacher, bürgernahe Sprache veröffentlicht werden sowie in relevanten Fremdsprachen

#Status Quo erhalten, auf Bedarfe reagieren

- kommunal geförderte Angebote agieren bedarfsgerecht sowie flexibel in Krisensituationen, sind bekannt und stark nachgefragt, die kommunale Förderung der Angebote reagiert flexibel (bspw.: bei finanziellen Defiziten bei den Einrichtungen aufgrund wegbrechender Einnahmen durch Honorartätigkeiten, Teilnahmebeiträgen und Einmietungen)

- notwendiges Material (bspw. Masken, Hygienematerial) und (bspw. technische) Ausstattung ist in Kooperation mit der Stadtverwaltung verfügbar und wird angeschafft
- unterstützt werden die Angebote dabei von einer transparenten, regelmäßig informierenden sowie Austausch und Handlungsempfehlungen anbietenden Stadtverwaltung,
- kommunal geförderte Angebote und Ämter der Stadtverwaltung kennen sich, arbeiten vernetzt und zielgruppenübergreifend, um Mehrfachbedarfe/ intersektionale Fragen (bspw. Migration und Behinderung oder Gender und Alter) gut beantworten zu können,
- besondere Bedarfe (bspw. mobiles Impfen) werden erkannt und in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, den kommunal geförderten Angeboten und den Zielgruppen beantwortet
- Unterbrechungen bei den Sprach- und Integrationskursen sind zu vermeiden, um die weitere soziale und berufliche Integration nicht zu verzögern
- Bürokratie vereinfachen in Krisensituationen bei der Nutzung von Angeboten, der Beantragung von Leistungen, bei der statistischen Erfassung oder Abrechnung der kommunal geförderten Angebote (bspw.)

#weitere Erfordernisse

- Forschungen und Rückmeldungen aus den Beratungs- und Begegnungsangeboten zeigen, dass es durch die Pandemie zu vermehrten Bedarfen im Kontext von psychischen Belastungen bei verschiedenen Zielgruppen kommt (bspw. bei Kindern und Jugendlichen durch fehlenden Kontakt zur Peer Group)
- mit der sozialen Isolation einhergehend, die durch Corona verschärft wurde; ist eine Zunahme häuslicher Gewalt festzustellen
 - Öffentlichkeitsarbeit in Richtung Nutzer:innen sowie auch Fachkräfte zu bestehenden Angeboten fortführen, Angebote vernetzen und bei Bedarf verstärken
 - Planungen erstellen und bei Bedarf zeitnah Kapazitäten im Bereich Beratung und Unterstützung bei psychischen Belastungen oder in Fällen häuslicher Gewalt aufstocken, Bedarfe ans Land melden
- Digitalisierung (bspw. Osterbasteln über Zoom, Beratung digital) entwickelte sich während der Pandemie
 - in den Sozialräumen eine technische Ausstattung (bspw. in Gemeinschaftsunterkünften, um Homeschooling zu ermöglichen) sowie die Möglichkeit der Schulung oder Begleitung von Nutzer:innen bereitstellen (bspw. für geflüchtete Frauen), damit Menschen nicht notwendigerweise zu Hause allein Technik vorhalten und bedienen müssen
 - „Digitalisierung“ kann eine Möglichkeit der zielgruppenübergreifenden Arbeit im Stadtteil sein (bspw. „digital treffen lernen“)
 - „Digitalisierung“ in stationären und teilstationären Einrichtungen in den Blick nehmen und unterstützen
- kommunal geförderte Angebote arbeiten je nach Fachförderung zielgruppenspezifisch
 - die Angebote sollten bei Bedarf unkompliziert zusammenarbeiten können - hierfür müssen Lösungen gefunden werden
 - vorhandene Ressourcen können gemeinsam genutzt werden (bspw. PC Ausstattung in einem Begegnungsangebot für Kinder und Jugendliche könnten auch Senior:innen aus dem Stadtteil nutzen)
 - Umsetzung der Vorlage Kultur- und Nachbarschaftszentren mit dem Ziel des zielgruppenübergreifenden, ämterübergreifenden (auch im Sinne einer gemeinsamen Finanzierung) Arbeitens im Sinne der Menschen im Stadtteil
- Prüfung inwieweit in Beratungs- und Begegnungsangeboten Lüftungstechnik notwendig ist und wenn ja, wie dies umgesetzt werden kann

- Zielgruppenbedarfe über verbindliche Kommunikationswege aus der Stadt an die Landes- bei Bedarf auch Bundesebene weitertragen
- öffentliche Toiletten sollten geöffnet bleiben

#weitere Themen

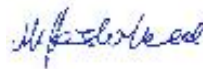
- Einsamkeit aufgrund von Wegfall von Tagesstruktur (bspw. aufgrund von geschlossenen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, geschlossenen Begegnungsangeboten)
 - Austausch organisieren zum Thema mit dem Ziel Handlungserfordernisse festzustellen
- nicht erreichbare Menschen (bspw. LSBTIQ*-Menschen)
 - Sind Bedarfe festzustellen? Welche Handlungserfordernisse ergeben sich? (bspw. aus der Gleichstellungsarbeit: Zunahme psychischer Probleme und häuslicher Gewalt, fehlende Sensibilisierung im Umgang mit queeren Personen u.a.)
- Abfrage stadtweit zu Best Practice Beispielen und Fortführen neuer Arbeitsansätze (bspw. Beratung to go, nachbarschaftliche Aktivierungs-, Vernetzungs- und Beteiligungsaktionen, Begegnung digital, Telefonangebote, Impfberatung)
- verstärkte Nutzung öffentlicher Grünanlagen für Bewegungsangebote in der Seniorenarbeit
- weniger Erkältungskrankheiten und grippale Infekte unter Besucher*innen und Mitarbeiter*innen durch hohen Infektionsschutz in den Einrichtungen/ Angeboten als positive Begleiterscheinung
- seit Beginn der Corona-Pandemie gab es deutlich mehr Fälle von Diskriminierung, bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben sich zu 2020 die Anfragen für Beratungen im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (von rund 3.600 auf mehr als 6.000)
- im Zusammenhang mit den Anti-Corona-Demos ist ein Anstieg von antisemitischen Straftaten zu verzeichnen



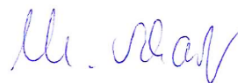
Anke Lietzmann
Kinder- und Jugendbeauftragte



Kristina Winkler
Integrations- und Ausländerbeauftragte



Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah
Gleichstellungsbeauftragte



Manuela Scharf
Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
und Senior/innen